

Saudi-Arabien

KEIN PLATZ IM SELBSTBILD DER GESELLSCHAFT

*Faleh bin Abdulla Al Hajeri, Sara-Ida Kaiser
und Thomas Birringer*

Einleitung

Mit dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen möchten die Vereinten Nationen den Anspruch der Menschen mit Behinderungen auf den gleichen Schutz der Menschenrechte wie Menschen ohne Behinderungen schaffen. Sie bildete einen wichtigen Schritt in der Entwicklung der Menschenrechte. Auch Saudi-Arabien hat 2006 die Behindertenrechtskonvention unterzeichnet und zwei Jahre später ratifiziert. Es fordert von dem Königreich ein Umdenken, dem die Politik teilweise nachgekommen ist, das in der Gesellschaft jedoch kaum oder gar nicht eingesetzt hat.

Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen leiden in den meisten arabischen Staaten unter massiver Ausgrenzung und Missachtung seitens der staatlichen Versorgung und der öffentlichen Wahrnehmung. Obwohl Menschen mit Behinderungen auch in Saudi-Arabien vier Prozent der Bevölkerung ausmachen, finden körperliche Gebrechen oder geistige Einschränkungen im Selbstbild der saudischen Gesellschaft keinen Platz. Obwohl der Islam behinderten Menschen positiv gegenübersteht, gelten Menschen mit Behinderungen als schwach und werden tabuisiert. Vielfach herrscht noch die Auffassung, dass geistig Behinderte von einem bösen Geist besessen sind, der nur ausgetrieben werden muss, damit der Betroffene wieder ganz gesund wird.

Mit der Machtübernahme König Abdullahs 2005 begann in Saudi-Arabien ein vorsichtiger Diskurs in den Medien und auch in Teilen der Gesundheits- und Sozialpolitik. In seiner Antrittsrede versprach der König, sich für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einzusetzen. Auch andere Prinzen und Prinzessinnen widmen sich vermehrt aus karitativen Gründen und unter dem Zakat-Prinzip der Einrichtung von entsprechenden Stiftungen und Programmen.¹

So erklärte der Gouverneur von Riad, Prinz Salman, im Mai 2010 die saudische Hauptstadt zur behindertenfreundlichsten Stadt in Saudi-Arabien und gab die zeitnahe Einrichtung von barrierefreien Zugängen zu öffentlichen Gebäuden oder behindertengerechten Gehwegen bekannt.² Dennoch, so bemängelt der Saudische Verband für Schwerbehinderte, werden weder die Versprechen des Königs noch die Ankündigungen von anderen Offiziellen adäquat umgesetzt. Körperliche und geistige Behinderungen dringen nur langsam in das Bewusstsein der Öffentlichkeit und viele Beamte verweigern den Betroffenen die staatlich legitimierte Leistungen. Demnach sind auch kaum Informationen über die Pflege von Behinderten, über Rehabilitationsmaßnahmen oder Lerneinrichtungen verfügbar. Laut einer Studie des Deutschen Orient-Instituts im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit existieren in ganz Saudi-Arabien nur zwei Einrichtungen für behinderte Kinder und 26 Rehabilitierungszentren.³

Stand der Umsetzung

In einer Online-Petition an den saudischen Schura-Rat, das vom König ernannte parlamentsähnliche Beratungsgremium des Landes, vom 29. März greift der Vorsitzende des Saudischen Verbandes für Schwerbehinderte, Faleh bin Abdulla Al Hajeri, die wesentlichen Herausforderungen auf, mit denen Menschen mit Behinderungen in Saudi-Arabien konfrontiert werden. Außerdem weist er den Schura-Rat darauf hin, dass die von König Abdullah gewährten Rechte den behinderten Menschen nicht gewährt oder nur mit großer Willkür der Beamten umgesetzt werden. Als Lösung fordert er von der saudischen Regierung die Schaffung einer Organisation für die Angelegenheiten der Behinderten, welche auch für die Umsetzung der UN-BRK verantwortlich sein soll. Auf Grund der umfassenden Darstellung des Problems in dieser Petition⁴ wird sie hier im Wortlaut dokumentiert:

Saudischer Verband für Schwerbehinderte

*Im Namen des Barmherzigen,
Friede sei mit Ihnen, Gottes Gnade und sein Erbarmen,*

*An seine Exzellenz Dr. Abdulla bin Mohammad bin Ibrahim Al Shaikh
Gott beschütze ihn
Präsident des Saudischen Nationalrates*

Ihre Exzellenz,

Wir schicken Ihnen heute dieses Schreiben, in dem sich Wort und Ausdruck herumirren, zwischen den Sorgen und der Ratlosigkeit, die uns hin- und herreißen, wir Ihre behinderten Kinder, die wir nun, so hat es Gott gewollt, mittlerweile vier Prozent der saudi-arabischen Bevölkerung darstellen, während wir unter sozialer Marginalisierung leiden, die gekoppelt ist mit dem Mangel an aufrichtigem Interesse seitens der Zuständigen, die in den betroffenen Gremien und Ämtern für unsere Bedürfnisse und Angelegenheiten zuständig sind. Dazu kommt noch, dass wir ungerecht behandelt werden als Schwerbehinderte, ganz gleich ob Männlein oder Weiblein, und in jeder Kategorie von Schwerbehinderung.

Wir als wichtige Komponente unseres sozialen Gewebes, welche auch weltweit sich hohen Ansehens und Respekts erfreut, ohne jede Spur von Mitleid oder Wohltuerei, denn alles, was ihnen an Dienstleistungen und Fürsorge und an Aufmerksamkeit seitens der Behörde entgegengebracht wird, soll aus einer rein wissenschaftlichen Sicht geschehen. Doch trotz der Bemühung seiner königlichen Hoheit, die Würde aller Bürger zu wahren, ohne jegliche Unterscheidung, müssen wir feststellen, dass die Zuständigen grundsätzlich und instinktiv dazu geneigt sind, der Bürokratie unermesslichen Spielraum zu gewähren, sodass sie als Hindernis im Wege steht zu der Gewährung der Rechte der Behinderten als leidende und benachteiligte Gruppe auf allen Ebenen und in allen Angelegenheiten des Lebens. Wir haben uns den Hals wundgeschrien und können unsere Hände kaum noch erheben, um Bitten zu stellen, Anträge einzureichen und Zuständige anzusprechen, die nie und nimmer und keinen einzigen Tag im Leben von irgendeinem Nutzen für die Behinderten Bürger waren, trotz der Klarheit der Anweisungen seiner Königlichen Hoheit, welche uns als Behinderte unsere Rechte sichern und dahingehend

daran arbeiten sie zu fördern, anzupassen und zu verbessern. Doch leider haben wir sehr gelitten und Schlimmstes erfahren durch das Schweigen der zuständigen Behörden und durch ihre leeren Versprechen bezüglich der Behindertenrechte, die ja aufgrund von Anweisungen seiner königlichen Hoheit erlassen sind.

Und so vergeht die Zeit, Jahr um Jahr, nach Erlassen solcher Anweisungen, ohne dass jemals was durchgeführt oder gemacht wird, bis diese Anweisungen von der Zeit überholt werden, sodass die Entscheidungen wieder einer völligen Umkrepelung bedürfen, damit sie sich zeitgemäß und passend zu einer neuen Epoche im Leben der Behinderten gestalten lassen können.

Nun heute wenden wir uns an Sie, Gott beschütze Sie, als Präsident des höchsten parlamentarischen Gremiums des Königreiches. Und so Gott will, werden wir bei Ihnen die Widerspiegelung der Politik seiner Königlichen Hoheit finden, die schnellen Schrittes voraneilt, um die Gerechtigkeit zu verwirklichen, das Recht walten zu lassen, allen Bürgern zu dienen, ohne jegliche Unterscheidung. Ja. Warum können wir nicht das bekommen, was seine königliche Hoheit in seiner ersten Rede bei Amtsantritt als König von Saudi-Arabien ansprach? Wir sind die Gruppe, die Fürsorge am dringendsten benötigt. Man soll uns unsere Rechte zurückgeben, welche absichtlich von und durch Eigenschaften wie Bürokratie und Vetternwirtschaft uns verweigert wurden, Eigenschaften die im Blut der Dienstleistungsbehörden fließen, die eigentlich verpflichtet sind, dem Behinderten seine Rechte zu gewähren und nicht, wie wir seit Jahren und bis heute noch erleben, seine Rechte als etwas Billiges darzustellen und sie so abzustempeln, als wären sie „Wohltaten und milde Gaben“, die dem Behinderten mal gewährt, mal verweigert werden – und natürlich immer mit billigen Ausreden und aus nichtigen Gründen. Dazu kommt noch, dass der Behinderte immer als letzter Punkt der Tagesordnung steht und auch seine Fürsorge auf der letzten Stufe der Dienste, die dem Bürger zustehen.

Was sollen die Behinderten tun, die es nötig haben, dass man ihre Integration in die Gesellschaft ermöglicht, erleichtert und unterstützt, ihnen das Gefühl vermittelt, dass auch sie Menschen sind und ein Anrecht auf ein Minimum von Würde haben, die ihnen verloren gegangen ist unter der Herrschaft von Ordnungen und Regelungen, die entweder unzulänglich oder völlig inexistent sind. Wir, Ihre

behinderten Kinder, haben in früherer Zeit seine Exzellenz Dr. Mish'al bin Mamdooh Al Ali, Leiter der Menschenrechtsorganisation im Nationalrat, angesprochen. Er antwortete auch, dass er Sie ansprechen wird, um Ihnen eine klare Darstellung darüber zu geben, mit Beweisen und Belegen, zur Bestätigung des dringenden Bedarfes dieser Gruppe, die nun mal einen gewissen Anteil der Bürger des Königreiches darstellt, ihr dringender Bedarf an Verbesserung der Fürsorge jeder Art. Und dass dem Behinderten auch eine Stellung und ein Status gegeben werden, die von Behörde und Zuständigen geachtet und gesichert werden. Sie haben doch Anrecht darauf, Dank der Unterstützung und des Beistandes unserer Zuständigen, Gott beschütze sie, für alle Behinderten.

Und doch will die Bürokratie und die Unbekümmertheit der Zuständigen keinen Fortschritt für die Behinderten, deren Fortschritt ja auch den Fortschritt des Königreiches bedeutet und eine Bestätigung des Interesses, das Saudi-Arabien dieser Gruppe entgegenbringt, diese Gruppe, die überall auf der Welt ihre vollständigen Rechte genießt. So garantieren ganz besonders die europäischen Länder die Rechte der Behinderten und geben ihnen den Vorrang vor all den Rechten ihrer übrigen Bürger.

Diese sind wohlgemerkt „nicht muslimische“ Länder und Regierungen. Nun, wie darf es sein, dass in einem Land, wo Gottesgesetz und das leitende Beispiel seines Propheten herrschen?! Man steht um viele Jahre zurück mit dem Fortschritt dieser Gruppe. Die Zuständigen geizen und knausern bei der Durchführung der Regelungen und der Anweisungen, die die Behinderten betreffen. Sie zeigen der Landesführung nicht, wo die Unzulänglichkeiten und die Mängel herrühren. Sie gewähren nicht einmal ein Mindestmaß von Unterstützung, das dieser Gruppe ein unbekümmertes Leben sichert. Alles was sie tun ist Rechenschaft von den Behinderten zu verlangen, für jede Art von Einkünften, und sie mit Absicht daran zu hindern, jedwede Hilfe oder Unterstützung ohne Mühe zu bekommen, die ja von den Herrschern des Landes frei gewährt werden.

Herr Doktor: Wir wollen Sie nun in den folgenden Zeilen dahin nehmen, wo die Unzulänglichkeiten und die Mängel sind, die wir Behinderte sehen, aber die Zuständigen ignorieren und nicht beheben oder verbessern wollen, oder sie der königlichen Hoheit aufzeigen, so dass eine Lösung dafür gefunden wird. Der Behinderte leidet unter einer

„deftigen“ Dosis von Ungerechtigkeit bei der Mehrheit der zuständigen Behörden, die gegen den Behinderten und seine Rechte stehen, und ihr Bestes tun, damit der Behinderte nur ein begrenztes Maß an Profit zieht aus den Privilegien, die ihm Gottesgesetz noch vor den Menschengesetzen zuspricht. Dies beginnt mit einer Regelung von kümmerlicher Unterstützung, die den Behinderten gezahlt wird je nach Behinderungskategorie, und zwar seit Jahren, ohne bewusste und vernünftige Rücksichtnahme und klare Sicht in die Tatsache, dass die Unterstützung bei einem festen Betrag bleibt, je nach Behinderungsgruppe. Dabei schauen sie nicht darauf, ob der Behinderungsfall einen männlichen Behinderten oder eine weibliche Behinderte betrifft, und auch nicht auf das Alter des Betroffenen oder seine gesellschaftliche Lage. Dies wird nicht beachtet von einem Ministerium, das sich Ministerium für soziale Angelegenheiten nennt, doch ist es weit entfernt davon, dies mit moderner Denkweise zu verrichten. Es sorgt sich nur um das Auszahlen der Unterstützung an die verschiedenen Behinderungsgruppen, ohne zu beachten, ob der Behinderte im 16. oder 18. Lebensjahr ist. Die Unterstützung ist gleich, und nur auf die Behinderungsgruppe bezogen. Dabei braucht die Angelegenheit eine Zeitentwicklung zu erfahren, die mit Alter des Behinderten zusammengeht und mit seiner gesellschaftlichen Lage nach dem 18. Lebensjahr. Die Behinderten über diesem Alter sollen noch mehr unterstützt werden. Die Zuständigen sollen darüber unterrichtet werden, um eine steigende Regelung zur Unterstützung dieser Gruppe durchzuführen, um ihre Würde in finanzieller Hinsicht zu wahren, so dass sie ihre persönlichen Bedürfnisse decken kann, je nach Kategorie der Behinderung. Dies gilt in Bezug auf die finanziellen Unterstützung. Auf der anderen Hand erfahren wir bei den Rehabilitationszentren und den Sozialbehörden eine Behinderung der zügigen Auszahlung dessen, was den Behinderten zusteht an unentgeltlichem Basisbedarf, je nach Behinderung: Das sind Rollstühle, manual und elektrisch, aber auch andere Hilfsmittel, welche die Behinderten und ihre Angehörigen nun mit dem Betrag der Unterstützung von Markt und Apotheke kaufen müssen, obwohl diese Gegenstände zum Basisbedarf gehören, welcher ihnen bezahlt werden muss, ohne Bürokratie und ohne Theaterspielerei. Von wegen Regelung anwenden, Antrag bearbeiten und an höhere Stellen weiterleiten und so weiter und so fort – bis der Behinderte die Nase voll hat und keine Kraft mehr besitzt. Also kauft er, was er braucht, und hat damit wenigstens seine Ruhe von all den Komplikationen.

Was wir Ihnen oben angeführt haben, ist nur ein kleiner Ausdruck der Wut. Sollten wir aber in die Einzelheiten gehen, so würden wir ganze Bände schreiben über die Behinderung der Behindertenrechte, die ja doch von Gesetzeswegen garantiert sind, und auch jene Rechte, die noch nicht verabschiedet worden sind, deren baldige Geburt wir aber herbeisehnen, die uns erfreuen werden, bis sie fest verankert werden, so dass wir in ihnen unseren Halt finden, nachdem Angehörige und Freunde weggelaufen sind und der Behinderte keinen mehr findet, der sich um ihn kümmert oder ihn in seiner schwierigen Angelegenheit unterstützt, und dessen Lösung ihm zugleich nah und weit entfernt erscheint. Und so weiß er keinen Rat, um sie zu erreichen.

Diese Lösung ist in der Hand seiner Königlichen Hoheit König Abdulla ibn Abelaziz, Gott beschütze ihn. Nun, da wir Sie erreicht haben und Sie bitten, in Ihrer dienstlichen Funktion als Bindeglied eine Verbindung zwischen Ihm und uns Behinderten herzustellen, oder sollte man uns anders nennen, nämlich „die mit den besonderen Bedürfnissen“? Aber der Name tut nichts zur Sache, solange wir keinen finden, der unser Dasein beachtet, indem er uns unser Recht gewährt. Wir brauchen nicht die Erfinder dieser Benennungen. Von wegen sie wollen unsere Gefühle nicht verletzen! Sie wollen uns „mit dem Namen“ ehren!

Herr Präsident: die Behinderten sind wie eine von einem Vogel gefallene Feder, die dem wehenden Wind ausgesetzt ist.

Ja, so ist es: Wir sind nämlich das Opfer jener Behörden und Ministerien, die unsere Rechte nicht mehr in Betracht ziehen und sie nun eher als Wohltat und milde Gabe ansehen. Sie ziehen sich aus der Verantwortung für die Behindertenrechte und sagen, das, was der Behinderte verlangt, ist nicht unter ihren Befugnissen, und auch nicht von der Regelung erfasst.

Im Ministerium für Soziale Angelegenheiten sind wir das Opfer der finanziellen kleinlichen Überprüfung, statt der gesellschaftlichen Sorge um den Behinderten, seine Alterskategorien und sein Geschlecht. Hier ist die Haltung des Ministeriums nämlich, dass sie nur noch dem Krankheitszustand und dem Behinderungszustand Unterstützung gewährt, was nicht mehr als 25 Prozent ihrer Verantwortung gegenüber dem Behinderten darstellt. Der Rest wird nicht beachtet, obwohl es zum eigentlichen Wesen seiner sozialen Zuständigkeit gehört.

In Bezug auf das Gesundheitsministerium, das zusammen mit dem Sozialministerium die beiden Pole der Zuständigkeit für die Behindertenangelegenheiten darstellt, so hat es die Rechte der Behinderten an medizinischer Versorgung in den Mülleimer geworfen und degradierte ihre Rolle zur Zweitklassigkeit, wo die Bürokratie die Hauptrolle spielt, die als Stein im Weg vor dem Behinderten steht, wenn es darum geht, ihn im Ausland zu behandeln, angesichts der rückständigen medizinischen Versorgung im Inland. Die Behandlung und ihre Suche sind die Verantwortung des Behinderten geworden, durch das Exekutiv-Büro seiner königlichen Hoheit, wohlbekannt im Palast und angesehen als hohe Hürde für den Behinderten, die er nicht allein überwinden kann, um sein menschliches Anliegen zu verwirklichen, wobei eigentlich das Gesundheitsministerium die Verpflichtung hat, eine rechtsgemäße und menschliche Haltung zu zeigen, um dem Behinderten eine Tür für die Verwaltung in dem Ministerium zu öffnen, wodurch er zu seinem Recht gelangt, im Ausland behandelt zu werden. Und dass das Ministerium das Wichtigste in seiner Arbeit und seinem Befugnisbereich erledigt, ohne die Verantwortung auf eine andere Stelle zu schieben, die keine Zuständigkeit für den Behinderten innerhalb ihrer Hauptaufgabe hat, wie der königliche Palast zum Beispiel. Es sei denn, es erweist sich als bessere Lösung, ein Büro im königlichen Palast zu öffnen für die gesundheitlichen Angelegenheiten der Behinderten, wenn das Gesundheitsministerium sich unser Anrecht auf Behandlung nicht anhören will.

Zum Schluss, Herr Doktor, und zurück zum Anfangsthema: Ich schicke Ihnen die beiliegenden Vorschläge und grundsätzlichen Forderungen, die den Behinderten in allen ihren Kategorien und Schattierungen ein würdiges Dasein sichern und ihr Standard in Leben, in Gesundheit und in Gesellschaft verbessern bei verschiedenen betroffenen Ministerien und Behörden, die die Rechte der Behinderten vernachlässigt haben – als Bürger, die gleiche Rechte haben wie die anderen Bürger auch.

Nun, in Bezug auf diese Forderungen können Sie, Herr Präsident, jede notwendige Maßnahme ergreifen, sei es um sie mit den erwähnten Stellen zu diskutieren oder sie an seine königliche Hoheit zu leiten, zur Änderung ihrer Bestimmungen oder Formulierung von entscheidenden Anweisungen zur Sicherung der Behindertenrechte.

Vorschläge zur Gründung einer Organisation für die Angelegenheiten der Behinderten:

- *Durchführung der Bestimmungen des internationalen Abkommens zur Sicherung und Verstärkung der Behindertenrechte, das das Königreich am 13. Dezember 2006 in den Vereinten Nationen unterzeichnet hat, und zwar durch die Gründung einer Organisation für die Angelegenheiten der Behinderten, die Zugang zu den betroffenen Ministerien hat und in Verbindung zu seiner königlichen Hoheit steht oder zu seinem Beauftragten, sodass sie jede Unzulänglichkeit erfahren und aufdecken kann.*
- *Aktivierung des Behindertenrates, dessen Gründung nicht mehr als Tinte auf Papier geblieben ist, sodass er für die Behinderten seit dem Islamischen Jahr 1423 nichts getan hat. Seine Rolle soll aktiviert werden und seine Regelung soll völlig verstaatlicht werden, damit er eine Hohe Instanz für die Angelegenheiten der Behinderten wird, so wie es der Fall ist in den benachbarten Ländern.*
- *Durchführung der Anweisungen seiner Hoheit, des Kronprinzen, Gott beschütze ihn, vom Jahre 1429, welche anordnen, dass eine Studie über die Lage der Behinderten deren Alter über fünfzehn Jahren ist, angefertigt wird. Diese Anweisungen sind von den darin erwähnten Stellen nicht durchgeführt worden.*

Jetzige Forderungen an die Regierungsstellen, „die Ministerien“, die von Ihnen im Nationalrat befragt werden sollen. Die Realisierung dieser Forderungen ist ein Traum für die Bevölkerungsgruppe, über die wir hören, dass die Gesellschaft auf sie einen so hohen Wert legt.

- *Das Innenministerium soll alle Behinderten von all seinen Gebühren und Verkehrsstrafen befreien, die in ihren Namen eingetragen sind, solange die Vergehen keinen Hauptgrund für einen Verkehrsunfall gewesen sind. Ebenso sollen die notwendigen Verkehrserleichterungen und Privilegien den behinderten Fahrern gewährt werden.*
- *Anweisung an das Sozialministerium, um die monatliche Behindertenunterstützung von ihren jetzigen Regelungen und Einteilungen auf ein neues Modell zu ändern, in der die gesellschaftliche Lage und Stellung und das Alter des Behinderten Rechnung getragen wird. Der Durchschnitt der Unterstützung soll automatisch erhöht werden und zwar um bis zu 100 Prozent, wenn der oder die Behin-*

derte verheiratet ist. Diese Unterstützung darf auf keinen Fall gestrichen werden. Sie gilt als „Beihilfe wegen Behinderung“. Aber das gute Sozialministerium hat sich die Aufgabe auferlegt sie zu streichen für Gründe, die hier erwähnt wurden oder noch werden. Die Beihilfe soll ein monatliches Gehalt werden, ähnlich wie die Versicherung. Sie soll dazukommen, wann immer ein anderes Kind geboren wird. Der Behinderte soll während seiner Verlobung eine Unterstützung von nicht weniger als 60.000 SA Rials erhalten, die nicht zurückzuzahlen ist, als Heiratsunterstützung vom Sozialministerium, so wie es mit der Waisenbeihilfe gehandhabt wird. Auf Kosten der Sozialversicherung soll das monatliche Höchsteinkommen pro Person von 833 SA Rials auf mehr, auch mit Rücksicht auf gesellschaftliche Lage und Stellung und Alter des Behinderten angehoben werden. Das Ministerium soll auch einmalige Beihilfen gewähren, die nicht zurückzuzahlen sind, für die verschiedenen Kategorien der Behinderten, und zwar als jährliche Beihilfe in Höhe von 10.000 SA Rials bis 30.000 SA Rials. Die Behinderten (männliche) sollen auch spezielle Fahrzeuge bekommen, nach Bestehen einer medizinischen Untersuchung und einer Fahrprüfung. Der Antrag auf ein Fahrzeug soll in den Zentren der umfassenden Rehabilitation ausgefüllt werden. Er braucht nicht durch irgendeine andere Regierungsstelle zu gehen und bedarf keiner hoheitlichen Anweisung zu diesem Zweck.

- Das Gesundheitsministerium soll angewiesen werden, vertreten durch den medizinischen Ausschuss, die Behinderten zu empfangen, damit sie die Anträge auf Behandlung im Ausland ausfüllen können, gemäß ärztlicher Empfehlung, wenn „seine Genesung zu erwarten ist“. Die Anträge sollen in die medizinisch fortgeschrittenen und empfohlenen Länder geschickt werden und das Ministerium soll die Kosten der Behandlung und der gesamten Reise für den Behinderten und eine Begleitperson bis Ende der Behandlungsreise tragen, gemäß Empfehlung des Krankenhauses, wo er behandelt wird. Das Ministerium kann auch 50 Prozent der inländischen Behandlungskosten im Königreich für den Behinderten tragen im Zuge einer Reduzierung der Kosten, wenn der Betroffene das Glück nicht hat, eine Behandlung im Ausland zu haben, weil die ärztliche Beurteilung keine Besserung oder gar Heilung erwartet.
- Das Arbeitsministerium soll seine Macht im öffentlichen und im privaten Bereich ausüben in Zusammenhang mit der Einstellung der Behinderten. Die Arbeitszeit des Behinderten soll die sechs Stunden nicht überschreiten in beiden Bereichen. Der Behinderte soll offizielle Ruhetage am Donnerstag und am Freitag haben, ebenso

wie einen Jahresurlaub von zwei bis drei Monaten, mit allem, was ihm an Gehalt für die Urlaubszeit zusteht. Das Gehalt des angestellten Behinderten soll 3.000 SA Rials als Minimum betragen. Die Behindertenunterstützung darf nicht gestrichen werden, wie es das Sozialministerium tut. Das Monatsgehalt des Behinderten soll bis 4.500 SA Rials erreichen für Junggesellen und 5.500 SA Rials für Verheiratete. Kindergeld soll auch bezahlt werden, statt der bisherigen Regelung des Sozialministeriums, wo die Unterstützung gestrichen wird, sobald der Behinderte eingestellt wird, wenn er monatlich mehr als 2.500 SA Rials als Junggeselle und mehr als 3.000 SA Rials als Verheiratete verdient. 500 SA Rials werden als Zuschlag berechnet für eine Übergangszeit wie die Eheschließung.

- Das Ministerium für Stadtverwaltung und Ländliche Angelegenheiten soll die Arbeit in der Infrastruktur der staatlichen und privaten Projekte verfolgen, zur Überprüfung ob sie behindertenfreundlich sind, so dass der Behinderte sie zum Rein- und Rausgehen benutzen kann. Laufende Projekte sollen unterbrochen werden und zukünftige Projekte sollen keine Genehmigung bekommen, wenn sie nicht behindertenfreundlich sind.
- Das Wohnministerium soll allen Behinderten Wohnungen geben, die passend zu ihren Bedürfnissen sind und dem Geburtsort des Behinderten nahe liegen, wenn das Wohnministerium keine Wohnungen in seinem Geburtsort hat. Dies darf keinen Bedingungen oder Einschränkungen unterliegen. Der Behinderte soll sie kostenlos bekommen, ohne Gebühren für die Freistellung dieser Wohnungen. Er soll auch nicht auf eine Warteliste kommen nach Fertigstellung und Vergabe der Wohnungen.
- Das Ministerium für Zivildienst soll eine Vorzugsklausel haben für die behinderten Antragsteller, oder aber soll der Vergleich mit den Nichtbehinderten wissenschaftlich fundiert sein und auf Qualifikation beruhen. Die Behinderung darf kein Grund für Ungerechtigkeiten gegenüber dem Antragsteller sein, besonders im Lehrberuf. Das Ministerium für Zivildienst soll das gesetzliche Pensionierungsalter für Behinderte herabsetzen.
- Das Erziehungsministerium soll dafür sorgen, dass die Bewegungsbehinderten tatsächlich mit den anderen normalen Studenten hauptsächlich integriert werden in den Stufen der allgemeinen Ausbildung, dadurch dass eine ausgearbeitete wissenschaftliche Basis dafür gefunden wird, denn die Bewegungsbehinderten sind am leichtesten zu integrieren, dafür sollen aber wenigstens zwei Behinderte Lehrer an der Schule tätig sein.

- *Das allgemeine hohe Amt für Jugendfürsorge soll passende Institutionen schaffen in Bezug auf Sportvereine für Behinderte, und das Ministerium soll Gehälter an die behinderten Vereinsspieler zahlen in Höhe von 50 Prozent der Grundgehälter, die die behinderten Vereinsspieler monatlich vom Verein beziehen, wobei das Grundgehalt nicht weniger als 1.500 SA Rials pro Monat und Spieler sein darf. Dazu kommt noch die Sicherung eines Transportmittels, um den Behinderten täglich von und zum Verein zu befördern. Das hohe Amt soll für die herausragenden Spieler völlig bezahlte Übungskurse und Ausbildungslager im In- und Ausland organisieren, je nach Kategorie der Sportart, wo der behinderte Spieler eingetragen ist.*
- *Das Informationsministerium soll eine bedeutende Rolle spielen im Verfolgen der Entwicklung auf den betroffenen Sektoren in Bezug auf die Behinderten. Es soll monatlich TV-Programme senden, um die Eindrücke und Meinungen der Behinderten über die Leistungen der betroffenen Stellen völlig frei auszudrücken. Das Ministerium soll der königlichen Hoheit schriftlich berichten, über jede Unzulänglichkeit der oben erwähnten Ministerien und wenn irgendein Informationsorgan von einem Behinderten eine Beschwerde erhält, über diese Ämter und deren Ungerechtigkeit, nachdem diese Forderungen und Rechte genehmigt sind.*
- *Das Komitee zur „Bekämpfung von Verdorbenheit“ soll den Arbeitsverlauf überwachen und das Durchführungsverfahren in den zehn oben genannten Ministerien, die zu den grundlegenden Bestandteilen gehören in jeder höheren Organisation, die sich um die Behinderten kümmert, überwachen. Diese Organisation soll an seine königliche Hoheit monatliche Berichte erstatten über den Unwillen und die Trägheit der genannten Stellen bezüglich der Durchführung oder Behinderung der Behindertenrechte.*

Alles, was wir hier an Rechten erwähnen, steht uns zu gemäß islamischer Sharia, gemäß Rechtsregelungen und gemäß Gesetzen. Doch sind und bleiben immer noch Dinge, die wir nur mit Erniedrigung vor den Amtsleuten und Zuständigen bekommen, und auch dann nicht viel davon, sondern nur in geringstem Maße. Manchmal muss der Behinderte Erniedrigung von einem Informationsorgan erfahren, damit er eine shariagemäße und gesetzmäßige Forderung bekommt. Und dann wird das noch als Großzügigkeit und Wohltat angesehen.

Leider, leider und noch mal leider ist dies die Realität der Behinderten im Königreich der Humanität!

Zum Schluss appellieren wir an Sie und flehen Gott an, dass er uns an ein rettendes Ufer führt, aus diesem wütenden Meer von Ungerechtigkeit. Wir setzen unser Vertrauen in den Führer und Erbauer der neuen Saudischen Nation, wo es keine Unterschiede und keine Ungerechtigkeit gibt, vor seiner königlichen Hoheit König Abdulla ibn Abdelaziz Al Saud, möge Gott ihn und seine hoheitlichen Brüder beschützen.

*Eingereicht in Vertretung der Behinderten des Königreiches im Allgemeinen und von mehr als 3.000 Saudischen behinderten Mitgliedern im Saudischen Netz der Saudischen Behinderten im Internet:
<http://m3aq.net/vb/index.php>*

*Herr Faleh bin Abdulla Al Hajeri –
 Behinderter und Gründer des Saudischen Netzes für Behinderte
 29. März 2011*

Übersetzer: Adelkarim Al Jalassi

- 1| *So zum Beispiel das Prince Salman Center for Disability Research.
<http://www.pscdr.org.sa/en/research/Pages/activities.aspx>*
- 2| *„Riyadh is disabled-friendly city“, Arab News, 17. Mai 2010:*
- 3| *<http://arabnews.com/saudi Arabia/article54457.ece>*
- 4| *„Das Gesundheitssystem in Saudi-Arabien. Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlicher Transformation und Gesundheit.“ Studie des Deutschen Orient-Instituts im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, März 2011; S. 63*
- 5| *Vgl. <http://m3aq.net/vb/showthread.php?t=38155> Übersetzung: Abdelkarim al Jalassi*